58. Jahrgang No. 108

Berliner Volks-Zeitung

Abend-Ausgabe
Sonnabend, 5. März 1910

Wenn der Polizeipräsident Recht hätte

mit seiner Anschauung über das, was eine „Versammlung" ist, dann gäbe es keinen Menschen mehr, der sich nicht strafbar macht, wenn er sich irgendwo und irgendwann mit einer Mehrheit von anderen Personen zusammenfindet. Der Polizeipräsident sagt in seinem heute früh von uns wiedergegebenen Erlaß:

Der Sprachgebrauch versteht unter „Versammlung" jede absichtliche Vereinigung mehrerer Menschen an demselben Orte zu einem allen gemeinsamen Zwecke.

Am morgigen Sonntage werden sich nicht bloß in Treptow, es werden sich auch — wenn der Sonntag schön ist, was wir intensiv hoffen — in allen anderen Erholungsstätten rund um Berlin „mehrere Menschen absichtlich vereinigen zu einem allen gemeinsamen Zwecke", dem Zwecke der Erholung, des Kaffeetrinkens usw. Werden alle diese Menschen, die sich in Paulsborn, in Hundekehle, in Pankow, in Niederschönhausen und so fort rund um Berlin erholungshalber einfinden, als Teilnehmer an einer unerlaubten „Versammlung unter freiem Himmel" unter Strafe gestellt werden?

Wir veröffentlichen seit Jahren zu jedem Sonntage Aufforderungen zu irgendeinem Ausfluge nach irgendeinem anziehenden Punkte der Mark. Und bei der großen Zahl der Abonnenten unseres Blattes finden sich denn auch Wanderlustige in erheblicher Menge, die sich an demselben Orte (bald hier, bald da) zu einem allen gemeinsamen Zwecke (in diesem Falle der Befriedigung der Wanderlust und des Erholungsbedürfnisses) zusammenfinden. Und zwar suchen alle diese Abonnenten der „Berliner Volks-Zeitung" die bestimmten Erholungsstätten „absichtlich" auf. Nach der Logik des polizeipräsidialen Erlasses handelt es sich bei allen diesen Spaziergängen um unerlaubte, also strafbare „Versammlungen unter freiem Himmel"!

Wenn die Berliner Bevölkerung zu Paraden zusammenströmt oder bei feierlichen Einzügen die Linden und den Lustgarten überschwemmt, so handelt es sich nach der polizeipräsidialen Auffassung gleichfalls um unerlaubte Versammlungen unter freiem Himmel; denn auch hier vollzieht sich eine „absichtliche Vereinigung mehrerer Menschen an demselben Orte zu einem allen gemeinsamen Zwecke": dem Zwecke der Befriedigung der Schaulust! Werden die Schulkinder zu diesem Zwecke aus der Schule entlassen, so machen sich mithin die Schulbehörden der Anstiftung zum Ungehorsam gegen die Gesetze schuldig, und zwar unter erschwerenden Umständen, weil sie Minderjährige zu unerlaubten Versammlungen und Aufzügen unter freiem Himmel anstiften! Alles nach der Logik des zu polizeilichen Dienstleistungen kommandierten „Sprachgebrauchs"!

*

Dem Polizeipräsidenten ist es jedoch mit seiner allerdings fehlgreifenden juristischen Belehrung der Bevölkerung Berlins noch nicht genug. Er hat es für zweckdienlich gehalten, auch die Gerichte in Bewegung zu setzen. Nach dem „Vorwärts" hat der verantwortliche Redakteur Barth eine Einladung zu einer verantwortlichen Vernehmung vor Gericht erhalten. Er soll sich laut der vom Polizeipräsidium veranlaßten Anzeige der Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Anordnung des Polizeipräsidenten vom 1. März schuldig gemacht haben, und zwar soll er dies Verbrechen dadurch begangen haben, daß die Leitartikel und Kopfleisten im „Vorwärts" zu einer sogenannten Ansammlung im Treptower Park und somit zu einer Umgehung des polizeilichen „Verbots" aufgefordert haben. Der „Vorwärts" hat vollkommen recht, wenn er sagt: Der Polizeipräsident hat gar keine Anordnung getroffen, sondern lediglich die nachgesuchte Genehmigung zu erteilen abgelehnt. Von einer Aufforderung zum Ungehorsam gegen eine behördliche rechtmäßige Anordnung kann deshalb schon aus diesem Grunde keine Rede sein.

*

Offiziös

wird folgendes verkündet:

„Die Berliner Sozialdemokratie plant für morgen einen „Wahlrechtsspaziergang" nach dem Treptower Park. Der Polizeipräsident von Berlin hat erklärt, daß er diesem Vorhaben entgegentreten werde. Nach den amtlichen Darlegungen in der heutigen Morgenpresse unterliegt es keinem Zweifel, daß die Entschließungen der Berliner Polizei die Abwehr einer ungesetzlichen Handlung der Berliner Sozialdemokratie beabsichtigen. Diese ungesetzliche Handlung hat bereits zu einem Strafverfahren wegen öffentlicher Aufreizung gegen den verantwortlichen Redakteur des „Vorwärts" geführt. Die nächste Folge werden Ausläufe sein, gegen die die Polizei pflichtgemäß **mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln** einzuschreiten hat. Für Beschädigungen bei Ausläufen sind alle Teilnehmer solidarisch haftbar. Der ungesetzliche Massenspaziergang kann daher der Sozialdemokratie recht teuer zu stehen kommen, wenn sie einen Zusammenstoß mit der Staatsgewalt herbeiführt. Aber unabhängig von den Folgen, die Rechtsverletzungen heraufbeschwören, tritt auch große Sorglosigkeit und Unbesonnenheit in dem Vorhaben der Berliner Sozialdemokratie zutage. Sie versucht ohne Genehmigung der zuständigen Behörden etwa 200 000 Menschen zu einer bestimmten Stunde auf einen einzigen Ort zu dirigieren, ohne Vorsorge zu treffen falls Unfälle vorkommen. Die Polizei wird deshalb schon im eigensten Interesse des Publikums eingreifen müssen und die dem Publikum oder einzelnen Mitgliedern desselben bei einer solchen Massenveranstaltung bevorstehende Gefahr abzuwenden suchen. Man braucht nur an das entsetzliche Unglück erinnert zu werden, das sich am 30. Mai 1896 bei Moskau ereignete, wo bei einem Volksfeste gelegentlich der Krönung des Kaisers Nikolaus II. in einem furchtbaren Gedränge etwa 2000 Menschen umkamen. Die Mehrzahl wurde erdrückt, weil es an hinreichenden Einrichtungen zur Ordnung der Massen gefehlt hatte. Es kann daher nur jedem im eigensten Interesse dringend geraten werden, dieser Massenveranstaltung der Sozialdemokratie fernzubleiben, zumal dieser Treptower Spaziergang auf die Erledigung der Wahlrechtsvorlage im Abgeordnetenhause nicht den geringsten Einfluß ausüben kann. Wir machen noch besonders darauf aufmerksam, daß Neugierde nicht straflos macht, falls es bei solchem Anlaß zu Rechtsverletzungen seitens der Menge kommt."

Der Treptower Park wird gesperrt!

Amtlich wird bekannt gegeben:

Es ist bereits bekannt, daß der für morgen angekündigte Wahlrechtsspaziergang nach Treptow polizeilich verhindert werden wird. Ohne eine Sperrung des Treptower Parkes, die niemand mehr als der für die Volksgesundheit lebhaft interessierte Berliner Polizeipräsident bedauert, wird sich diese leider nicht ermöglichen lassen. Aber die Schuld hieran trägt ausschließlich die Sozialdemokratie und zwar dadurch, daß sie die politische Agitation, welche in Presse, Parlament und Saalversammlungen sich wahrlich übergenug betätigen kann, unbedenklich auf die Straße und jetzt sogar in die öffentlichen Parkanlagen verpflanzt.

Dies ist eine Verletzung der Interessen der Gesamtheit und der denkbar rücksichtslosste Egoismus, gegen den die Gemeinschaft aller Bürger durch die Organe der Staatsgewalt zu schützen ist.

Der Kreis derer, welche in ihren berechtigten Interessen durch diese allsonntägliche Straßenagitation der Sozialdemokratie verletzt werden, wird immer größer. Auch sind solche Massenansammlungen, wie sie hier beabsichtigt werden, schon an und für sich gefährlich; denn keine Polizeigewalt kann bei einem wirklichen großen Menschengedränge die Sicherheit des einzelnen ausdrücklich verbürgen. Es scheint deshalb nach geradezu der Zeit zu sein, daß diesem Treiben der Sozialdemokratie durch die gesamte öffentliche Meinung und nicht nur von der Polizei ein energisches „Bis hierher und nicht weiter" entgegengerufen wird.

Im Osten und Westen.

Während Herr v. Jagow in Berlin den Sozialdemokraten erst die Versammlung unter freiem Himmel, dann das Spazierengehen im Treptower Park verbietet, in dem nach offiziöser Darstellung nicht er, sondern — neben der Stadt Berlin — der Landrat des Kreises Teltow etwas zu sagen hat, denken seine Kollegen rechts der Elbe weniger prohibitiv. Es wird berichtet:

In Essen, wo gestern eine große sozialdemokratische Versammlung stattfand, hatte der Polizeipräsident dem Vorsitzenden des sozialdemokratischen Vereins mitgeteilt, daß er keine Straße absperren und keine Schutzmannsposten aufstellen lassen werde, wenn die Vereinsleitung die Garantie übernehme, daß keine Demonstrationen stattfinden würden. Die Massen verließen das Versammlungslokal in größter Ordnung, ohne daß ein Schutzmann zu sehen war.

In Köln wird ein sozialdemokratisches Wahlrechtsmeeting am Sonntag auf dem Sportplatz veranstaltet. Der Platz faßt 15 000 Personen. Die Parteileitung mußte sich bei der Polizeidirektion verpflichten, daß nach der Versammlung die Massen sich ohne Zugbildung, ohne Bederfingen und ohne Demonstrationsrufe heimwärts begeben würden.

Und das wird geschehen, und das wäre auch morgen in Berlin geschehen, wenn der Polizeipräsident die Massen hätte gewähren lassen.

Gegen das offiziöse Dementi über das Verhalten des Kaisers zu den Wahlrechtsdemonstrationen bemerkt die Korrespondenz, deren Meldung darin bestritten wurde:

In der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" wird unter anderem ausgeführt, daß die Meldung falsch sei, nach der der Kaiser mit Rücksicht auf die Zusammenstöße am vorhergegangenen Sonntage der Polizei strengste Zurückhaltung bei Straßenkundgebungen befohlen hätte. Das ist falsch. Hier wird die Tatsache auf den Kopf gestellt. Nicht wegen der Zusammenstöße an dem vorhergegangenen Sonntag, sondern wegen der Nichtstörung der öffentlichen Ruhe und Ordnung durch die großen Demonstrationszüge hat der Kaiser dem Wunsche Ausdruck gegeben, die Demonstranten nicht zu stören, sofern sie sich anständig und nicht herausfordernd benehmen. Diese Art Dementierung muß auf das schärfste zurückgewiesen werden.

Am morgigen Sonntag wird die Demokratische Vereinigung in Köln, Duisburg, Magdeburg, Hannover und Essen gemeinschaftliche Wahlrechtskundgebungen mit der Sozialdemokratie zusammen abhalten. Die Versammlungen in Köln, Duisburg, Hannover und Essen finden unter freiem Himmel statt.

Die Wetterlé-Affäre — eine klerikale Intrige!

Die „Franff. Ztg." ist vom Statthalter Grafen Wedel ermächtigt worden, zu erklären, daß an allen Gerüchten über angebliche Folgen der Kotillongeschichte nichts Wahres ist, daß er also nicht zum Bericht aufgefordert wurde, daß er nicht nach Berlin reisen werde und daß seine Stellung keineswegs erschüttert sei.

Wie ferner von einer dem Statthalter nahestehenden Seite versichert wird, hat dieser von dem Kotillonpräsident seiner Gemahlin an den „sitzenden" Abbé Wetterlé erst aus den Zeitungen erfahren. Auch die Gräfin Wedel soll über die Folgen ihrer Handlungsweise „schmerzlich betroffen" sein.

Zu der Affäre bemerkt noch die „Franff. Ztg.":

Die Regierung könnte aus der Angelegenheit etwas lernen, was wir längst klar zu machen versuchten; nämlich den Zusammenhang der deutschen chauvinistischen Hetzpresse mit dem freiheitsfeindlichen Teil der elsaß-lothringischen Beamtenschaft und die unbewußt gemeinsame Aktion dieser beiden im Dienste einer geschickten Mache des klerikal-nationalistischen Chauvinismus im Elsaß. Der Angriff auf die Gräfin Wedel und den Statthalter ist unzweifelhaft wie andere vorausgegangene Ueberfälle ähnlicher Art aus der elsaß-lothringischen Beamtenschaft in die alldeutsche Presse lanciert worden. ... Der Verdacht liegt nahe, daß auch elsaß-lothringische Politiker die unfehlbar und mechanisch arbeitende Maschine des deutschen Chauvinismus zur Verfolgung ihrer eigenen Zwecke benützten. So auch hier. Der Statthalter Graf Wedel, in dem man wohl mit Recht die treibende Kraft im Bischofskonflikt sieht, ist seither füre die klerikale Presse erledigt. Deswegen ließ man ihn in französischen Zeitungen denunzieren, er halte es mit den Sozialisten. Und deswegen überreichte Wetterlés Presse den törichten Deutschtümlern im Lande langsam und vorsichtig den Trank, den sie nach Deutschland weiterreichen sollten, damit von dort der Statthalter zu vergiften sei. Auf solch raffiniertem Wege wird nun dieser dafür bestraft, daß er es wagte, den Klerikalismus zu reizen. Und die ihm am lautesten Beifall klatschten in dem zweifelhaften Streit mit den Bischöfen, sind heute selbst die Vollstrecker des klerikalen Willens.

Man sieht, die dienstituenden Jesuiten des Vatikans haben in Elsaß-Lothringen gelehrige Schüler. Das Stücklein ist verteufelt schlau ausgesonnen.

Das „demokratisierte" Gardekorps. Von den Abiturienten der Hauptkadettenanstalt sind drei bürgerliche Fähnriche in das Gardekorps gekommen, und zwar je einer in das dritte Garderegiment zu Fuß, das Königin-Augusta-Gardegrenadierregiment 4 und das dritte Garde-Feldartillerieregiment.

Wenn diese „Popularisierung" so weitergeht, dann wird man noch den Tag erleben, wo der Adel die Garderegimenter demonstrativ verlassen und nach Mörchingen und Ostrowo auswandern wird.

Die Hamburger Handelskammer ist dem Hansabund beigetreten.

Die Streikbewegung in Frankreich.

Einem Telegramm aus Paris zufolge haben die dortigen Fahrstuhlarbeiter in einer gestern abend abgehaltenen Versammlung den allgemeinen Ausstand beschlossen, da ihnen von der Mehrzahl ihrer Arbeitgeber gewisse Forderungen nicht bewilligt wurden. An alle Einwohner der Stadt haben die Arbeiter die Mahnung gerichtet, bis zur Beendigung des Streiks, wenn ihnen ihr Leben lieb sei, die Fahrstühle nicht zu benutzen.

Die Forderungen der Lokomotivführer und Heizer der Staatsbahnen sind erfüllt worden. Der Konflikt ist damit beigelegt.

Wie bereits im Morgenblatt berichtet wurde, hat der Streik der Weber in Halluin bei Lille in Nordfrankreich sein Ende erreicht. Der Streik hatte volle vier Monate gedauert.

Nicht weniger als drei Duelle

hat sich der italienische Deputierte Chiesa durch sein gestriges heftiges Vorgehen in der Affäre der Frau v. Siemens, die er in der Deputiertenkammer zur Sprache gebracht, zugezogen: Wie aus Rom berichtet wird, haben ihm der Unterstaatssekretär im Kriegsministerium General Prudente, der Deputierte Morando und der General Fecia di Cossato ihre Zeugen gesandt.

Den General Prudente hatte Chiesa als „General aus der Lustigen Witwe" bezeichnet; mit dem Deputierten Morando war er in den Wandelgängen der Kammer handgemein geworden. Der General Fecia die Cossato ist derjenige General, mit dem die Frau v. Siemens in Mailand nach den großen Manövern des vorigen Jahres Zusammenkünfte gehabt haben und die sie nach der Behauptung Chiesas zu Spionagezwecken benutzt haben soll.

Der letzte Parteitag der Freisinnigen Volkspartei.

Heute mittag 12½ Uhr wurde der Parteitag im Saal des Zentral-Hotels (Berlin) eröffnet. Die Beteiligung war angesichts der Wichtigkeit der Tagesordnung überaus zahlreich. Angemeldet waren über 500 Teilnehmer, auch eine Anzahl Damen waren als Delegierte erschienen. Die Abgeordneten aus Reichstag und Landtag waren fast vollzählig erschienen. Landtagsabgeordneter Fund-Frankfurt am Main eröffnete den Parteitag.

Abgeordneter Fund widmete zunächst dem verstorbenen Abgeordneten Reinhart Schmidt einen Nachruf.

Wenn wir heute, wie die Dinge liegen zum letzten Mal als Freisinnige Volkspartei zusammengekommen sind, so zieht sich wohl, an dem Wendepunkt, der so tief in die Geschicke der Partei und in die Geschicke unseres öffentlichen Lebens überhaupt einschneidet, zuvor einige Worte an Sie zu richten. Es kann nicht meine Absicht sein, Ihnen die Aeußerlichkeiten und alle Vorgänge, die zu dem Werk, das wir heute krönen wollen, geführt haben, vorzuführen. Nur eines möchte ich sagen, um Mißverständnissen vorzubeugen. Wenn unsere Führer von vornherein mit einer gewissen Bedächtigkeit die Hand, die ihnen entgegengestreckt wurde, ergriffen haben, so nicht, weil sie Gegner der Einigung waren, sondern es lag daran, daß die Erfahrungen, die namentlich wir Aelteren gemacht haben, zur Vorsicht mahnten. Das Gefühl der Verantwortlichkeit, das selbstverständlich die heute, die an der Spitze stehen, haben müssen, mußte nach allen Richtungen gewahrt werden. Infolgedessen hat man es für nötig gehalten, die Dinge sich etwas langsamer entwickeln zu lassen, als Einzelne von vornherein in stürmischer Weise gefordert und gehofft hatten. Als wir aber sahen, wie die Bewegung immer weitere Schichten ergriff, wie man von allen Seiten die magnetische Kraft einer starken Partei betonte, wie namentlich immer klarer hervortrat, daß der wichtige Moment für den Zusammenschluß gekommen war, da gab es auch bei uns kein Zögern mehr, die uns entgegengestreckte Hand fest und freudig zu ergreifen. (Bravo!) Der Zentralausschuß der Partei empfiehlt Ihnen daher einstimmig den Anschluß an die neue Partei, die den Namen

Fortschrittliche Volkspartei

bekommen soll. Wenn wir in die neue Vereinigung auch nicht sehr viel Imaterielles Gut mitbringen, so doch ein ganz gewaltiges, gediegenes, moralisches Material und, wie auch Herr v. Vaber mit be-